

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Politische Bildung,
Demokratiekongress, 18.November 2016, Bonn,
Rede Dr. Wolfgang Schüssel

"Wie steht es um die Demokratie in Europa?"

Meine Damen und Herren,

ob wir nach fünf Stunden Konferenz wirklich klüger sein werden, das ist die Frage. Es könnte ja sein, dass wir noch mehr Fragen aufwerfen, was eigentlich auch der Sinn solcher Konferenzen ist, zu denen man nicht mit festen Einstellungen kommt, sondern sich Zeit zur Reflexion nimmt. In diesem Fall zu den unterschiedlichen Sichtweisen auf Gesellschaftspolitik, auf Koalitionen, auf Demokratie. Churchills Wort gilt noch immer: "Demokratie ist die schlechteste aller Regierungsformen - abgesehen von allen anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind."

Einige solcher Versuche habe ich selbst erlebt – große Koalitionen, kleine Koalitionen, Minderheitsregierungen. 2000 - 2007 führte ich eine Regierung, in der „meine“ christdemokratische Volkspartei mit einer sogenannten populistischen Partei, der FPÖ zusammenarbeitete. Heute bietet sich uns ein zwiespältiges Bild. Laut der NGO „Freedom House“ geht in 72 Ländern der Erde die Qualität von Demokratie, Beteiligung und Freiheit zurück. Das

Vertrauen in die Institutionen bröckelt. Der amerikanische Kongress kommt nur mehr auf eine Zustimmungsrate von 13% der Bevölkerung, der französische Präsident liegt überhaupt nur mehr einseitig im Plus. Die Mitgliedschaft in Parteien geht überall zurück. Andererseits nehmen Single Issue Parteien, also Bewegungen die nur ein einziges Thema und keinerlei General-Kompetenz haben, zu Populisten und Protestparteien werden stärker.

Dennoch und trotz allem bleibe ich Optimist. Ich hatte das Privileg die wahrscheinlich letzte öffentliche Rede des früheren israelischen Präsidenten Schimon Peres in Italien zu hören, wo er an einem Kongress von „European House“ teilnahm. Er hatte das Privileg, Dauer und Thema seiner Rede selbst zu bestimmen. Drei Tage später erlitt er einen Gehirnschlag, von dem er sich nicht mehr erholte. Seine Rede widmete Peres "seinen europäischen Freunden. Ihr wisst gar nicht, was ihr alles erreicht habt. Noch vor 70 Jahren habt ihr gegeneinander gekämpft und Kriege geführt, seit ihr zusammenarbeitet hat sich eure Wirtschaftskraft verfünzigfacht“. In unserer post-faktischen Welt muss man solche Zahlen natürlich nachrecherchieren. Ich tat dies und tatsächlich: 1960 lag die Wirtschaftskraft der heutigen EU28 bei 360 Milliarden €; heute liegt sie bei 16.000 Milliarden Euro. Was wir erreicht haben mit der europäischen Integration, mit dem Fall des Eisernen Vorhangs, der Erweiterung, der gemeinsamen Währung ist beispiellos. Auch unsere heutige Lebensqualität wäre für frühere Generationen

unvorstellbar. Ich bin 1945 geboren und seither hat sich die durchschnittliche Lebenserwartung um 20 Jahre erhöht. Noch einmal - nichts ist perfekt, aber diese beachtlichen Erfolge sollten nicht vergessen oder gar verschwiegen werden.

Aber ich will auch die Warnzeichen und Herausforderungen nicht klein reden. Es gibt eine Erosion Institutionen. Eine amerikanische Untersuchung zeigt: Jene, die vor dem Zweiten Weltkrieg geboren sind, halten es zu 72% für wichtig, in einem Land zu leben, das demokratisch regiert wird. Jene, die nach 1980 geboren sind, nur mehr zu 30%. Ein Warnzeichen! Dann gibt es Unterschiede im politischen Interesse der jungen und älteren Generation. Dieser Abstand betrug im Jahr 1995 10%, jetzt hat sich der Unterschied im politischen Interesse auf 26% erhöht. Die Jungen sind also wesentlich weniger interessiert an politischen Zusammenhängen als die erwachsene Generation. In Europa ist dies weniger schlimm, aber auch hier hat sich der Abstand von vier auf 14% erhöht. Um die Jungen müssen wir uns also in den politischen Parteien viel mehr kümmern, das sage ich ganz offen. Wir müssen uns viel mehr öffnen und bereit sein, auf ihre Probleme, Sorgen und Einwände zu hören. Dann die Frage nach dem "starken Führer". Das war immer eine Testfrage der demokratischen Qualität. In Amerika stieg der "starke Führer als potentielle Alternative" von 24% im Jahr 1995 auf 32%; die Befürwortung einer Experten-Regierung sogar von 36% auf 49%. In Österreich wurde kürzlich eine besorgniserregende

Untersuchung über "den starken Führer, der sich um das Parlament nicht scheren muss" publiziert: 2007 waren 71% der Befragten nicht damit einverstanden, heute nur mehr 36% – wieder so ein Warnzeichen.

Was sind nun die Ursachen dieser Entwicklung? Es gibt einige mögliche Erklärungen. Schon Adam Smith hat die These aufgestellt, dass die Zufriedenheit der Menschen stark mit der wirtschaftlichen Entwicklung zusammenhängt: "Die Unzufriedenheit steigt in Phasen des Stagnation und wird miserabel, wenn es zu einer Schrumpfung kommt." Der Ökonom Benjamin Friedman prophezeite in seinem Buch "The moral consequences of economic growth" eine Demokratie ohne Demokraten, wenn es nicht gelinge, zum Wachstum zurückzukehren - womit er vor allem die persönliche Einkommenssituation meinte, die ja in vielen westlichen Ländern seit Jahren stagniert. Es mag auch die politische Unsitte eine Rolle spielen, stets mehr zu versprechen, als geliefert wird. "Overpromising and underdelivering" ist der Humus für enttäuschte Wähler. Politik könnte hier von der Wirtschaft lernen, wo eher das Gegenteil „underpromising but overdelivering“ - praktiziert wird.

Demokraten und Demokratie sind immer herausgefordert und gefährdet. Es ist eine große Illusion zu glauben, dass diese Herausforderungen vorbei sind. Wir sind mehr denn je von außen herausgefordert. Fukuyamas "End of History", der Sieg der westlichen Demokratie über alle anderen

Systeme fand nicht statt. Heute gibt es autoritäre Alternativen, die zu funktionieren scheinen: China, Russland, Belarus, Kasachstan, Aserbeidschan, Türkei, Ägypten, Philippinen.

Wir sind aber ebenso von innen herausgefordert durch systemkritische Parteien, die gegen das Establishment antreten, gegen Eliten, gegen traditionelle Parteien, gegen Tabus; die mit dem Finger auf verdrängte Probleme zeigen, auf vernachlässigte Fragen oder zu kurz gekommene Bevölkerungsgruppen. Wie sollen wir mit diesen Gruppierungen umgehen? Die Palette reicht von Verteufeln, Lächerlichmachen, Totschweigen, Ausgrenzen bis hin zu Einzelthemen übernehmen oder sie gar in Regierungen einbinden. Letzteres hat etwa in Finnland dazu geführt, dass die True Fins von 20% auf 8% fielen, in meiner Regierungszeit verlor die FPÖ ihre 27% und sank auf 10%. Wieder in Opposition konnte sie sich hingegen bis heute wieder auf rund 30% erholen. Das heißt, alle Modelle scheinen da und dort erfolgreich zu sein, sind aber kein dauerhaftes Rezept.

Demokratie ist aber auch selbst kein einheitliches Konstrukt. Seit den alten Griechen gibt es verschiedene Regierungsformen: monarchische, aristokratische, demokratische. Und auch heute gibt es eigentlich eine Mischung all dieser Systeme: der amerikanische Präsident ist de facto fast eine Art Monarch. Der amerikanische Senat wurde vom alten Rom als eine aristokratische Funktion übernommen.

Auch die Verfassungsgerichte sind eine Art aristokratische Elite, die nicht der demokratischen Wahl durch die Willensbildung des einzelnen Bürgers unterliegen.

Dazu gibt es viele Varianten in unseren demokratischen Systemen: Es gibt Monarchien, und Republiken. Es gibt zentralistische und föderale Staaten, es gibt parlamentarische und plebiszitäre Demokratien oder Mischformen wie in der Schweiz. Es gibt Mehrheitswahlrecht und Verhältniswahlrecht; one man/one vote oder das Wahlmännersystem der USA. Es gibt Demokratien, die den Konsens bevorzugen und andere, die mehr auf Konflikt und Polarisierung ausgerichtet sind. Wahlen sind innerhalb der Demokratie nur ein Element. Ein sehr sehr wichtiges, weil es quantifizierbar, transparent und überprüfbar ist. Zu einer lebendigen Demokratie gehört aber sehr viel mehr. Oft wird von demokratischen Grundwerten gesprochen, die aber nicht unmittelbar von Demokratie abgeleitet werden können. Menschenrechte, Humanität, Toleranz sind zB eigentlich keine demokratischen Grundwerte, sondern Tugenden an sich. Die alten Perser (Kyros) haben manche dieser Tugenden schon vor 2.500 Jahren festgeschrieben. Zum Teil stehen sie auch in der Bibel oder anderen großartigen Dokumenten. Sie sind daher nicht notwendigerweise demokratisch, wohl aber (über)lebenswichtig. Zu unserem Verständnis von Demokratie gehört eben insgesamt sehr viel mehr: Rechtsstaat, Gewaltenteilung, checks

and balances, Minderheitenschutz, civil society, freie Presse, soziale Marktwirtschaft - eben unser "European Way of Life". Und der ist auf dieser Welt ziemlich einmalig – diese Mischung von sozialer Balance, Einbindung, Toleranz ist kostbar und gar nicht selbstverständlich. Es erklärt, warum sehr viele Menschen auf Europa schauen – oft sehr viel mehr als uns selbst bewusst ist.

Demokratie ist immer gefährdet – schon Platon Aristoteles, Cicero, aber auch Popper und Lippmann wussten dies. War es in den dreißiger Jahren wirklich leichter, Demokrat zu sein angesichts des heraufkommenden Faschismus, oder war es später im Kalten Krieg einfacher? Wir haben schon eine Sensibilität und Empfindlichkeit entwickelt, die beachtlich ist. Sie haben mich ja auch als bekennenden Optimisten eingeladen. Der Pessimist ist ja bekanntlich der einzige Mist, auf dem nichts wächst.

Demokratie - das hat Frau Dr. Piepenschneider mit Recht betont - ist mühsam, komplex und oft langsam, weil man immer Kompromisse eingehen muss. Nie können 100% der Positionen durchgesetzt werden, weil man eben nur Pars ist, also ein Teil des Ganzen und nicht das Ganze. Und es ist besser, langsam in die richtige Richtung zu gehen als mit Feuereifer und Hurra in den Abgrund zu stürzen. Ja, es braucht

Energie und Zeit, Kompromisse zu finden und es ist eine Kunst, zwischen verschiedenen Interessen und Meinungen zu vermitteln.

Demokratie braucht auch das Drama. Wenn es gleichgültig wird, was man wählt, weil am Ende ohnedies immer dasselbe Regierungs-Bündnis herauskommt - dann darf man sich nicht wundern, wenn die Populisten und Neinsager zulegen. Wir Österreicher sind ja die wirklichen Profis großer Koalitionen - 50 Jahre seit dem Weltkrieg. Wir wissen, wie man aus einer GroKo eine MigroKo macht, eine mittelgroße Koalition. Demokratie braucht die Auseinandersetzung, den Disput, ja den Streit um den richtigen Kurs. Ich verstehe jene Medien nicht, die ja nur zwei Beschreibungen der politischen Diskussion kennen: Streit oder Kuschelkurs. Demokratie braucht also das Drama und wählbare Alternativen. Sie darf eben nie alternativlos sein!

Demokratie liebt zwar die Stabilität der Rahmenbedingungen, ermöglicht aber auch den friedlichen Wechsel. Demokratie duldet keine Dynastien (wissen das Bush, Kennedy oder Clinton?), sondern Meritokratie, den Aufstieg durch eigene Leistung. Dazu müssen die Parteien durchlässig bleiben (oder wieder werden). Politische Bildung ist dazu unerlässlich. Das Aufspüren von politischen Talenten auf allen Ebenen, das Schulen der Rhetorik, der Disput um Programme und Ideologien - unverzichtbare Aufgabe der Konrad-Adenauer-

Stiftung! Und wiederum, vor allem den Jungen muss mehr Aufmerksamkeit gelten. Sie herauszufordern und ihre Talente zu fördern ist eine der wichtigsten Zukunftsinvestitionen. Das größte politische Talent in meiner Heimat ist Sebastian Kurz, der mit 24 Staatssekretär für Integration wurde und sich seit 3 Jahren als Außenminister bewährt - heute bereits der populärste und beliebteste Politiker des Landes! Wir müssen also den Jungen früh die Chance zur Bewährung geben, nicht erst dann, wenn alle Eckzähne abgeschliffen und alle Instanzen kuschelweich durchlaufen sind.

Ich wehre mich auch dagegen, wenn Politologen behaupten, Wahlen würden heute an den Rändern entschieden. Ganz im Gegenteil - die Entscheidung fällt auch heute noch immer in der Mitte, im Zentrum unserer Gesellschaft. Dort müssen die Probleme aufgespürt werden, wo der Schuh drückt und Sorgen der Menschen sind.

Und Demokratie braucht Öffentlichkeit wie die Luft zum Atmen. Diese Öffentlichkeit ist das Parlament, nicht die sozialen Medien. Ich finde es daher schade, dass die Exekutive dem Parlament viel zu wenig Raum zur Entscheidung gibt. Viele Regierungen wollen einfach durchregieren und die Parlamente vor vollendete Tatsachen stellen. Das trifft sich mit der modernen Tendenz zur "aristokratischen" Entscheidung (siehe oben), die ohnehin viele Themen dem politischen Diskurs oder der demokratischen

Mitbestimmung entziehen möchte. Nehmen wir als Beispiel die Geldpolitik der EZB, die Nullzinseffekte auf Vermögensbildung und Altersvorsorge, die weiterführenden rechtssetzenden Entscheidungen des EuGH; Basel II und III für die Finanzwelt oder die Troika-Vorschläge für Schuldnerstaaten. Viele Bereiche unseres Alltagslebens sind in Wahrheit längst der nationalen, manchmal sogar schon der europäischen demokratischen Rechtsbildung entzogen. Das ist ein Thema, das bei vielen Bürgern ein gewisses Unbehagen auslöst.

Man sollte daher, wo immer es geht, den Parlamenten Würde, Respekt und Entscheidungsspielraum zurückgeben. Besonders unverständlich ist mir daher die Absicht der britischen Regierung, das Parlament nicht über die Anrufung des Art. 50 mitbestimmen zu lassen - wo bleibt dann Westminster? Die älteste Demokratie der Welt soll ohne entsprechenden Parlamentsbeschluss einen so weitreichende Entscheidung über den Austritt aus der Union treffen können? Ein Richtersenat urteilte, dass das Parlament jedenfalls gehört werden müsse. Wohl gemerkt, nicht über den Brexit wurde entschieden, sondern nur über die Rolle des Parlaments - die „Daily Mail“ titelte mit Foto der drei in Richterrobe: "Enemies of the People"! Ich war entsetzt, denn niemand schrie auf. Halbherzig raffte sich die Justizministerin auf, etwas über die Unabhängigkeit der Richter, aber zugleich auch über die Freiheit der Presse zu sagen. Wieder ein Warnzeichen!

Der bekannte Politologe Dani Rodrik (Harvard) hat die interessante These aufgestellt, man könne nicht alles gleichzeitig haben: "Democracy, national sovereignty and global economic integration are mutually incompatible. We can have two of the three but never have all three simultaneously and in full". Man kann also sozusagen zwei von diesen drei haben – Identität, Demokratie, Globalisierung – aber nicht alle drei gleichzeitig und in voller Ausprägung. Das ist eine interessante Herausforderung für uns - denn genau das wollen wir: weiter wichtige Bereiche souverän entscheiden, aber auch von den Vorteilen der internationalen Kooperation in der Globalisierung profitieren, und das Ganze von jedem Bürger demokratisch legitimiert. Ein schwieriger Balanceakt!

Und zuletzt: Demokratie braucht Erzähler, Erklärer und Kämpfer. Meine Mitarbeiter haben mir immer eingeschärft "you have to be seen fighting" - die Leute müssen dich kämpfen sehen. Und es heißt ja auch Wahl"kampf" und nicht Wahl"schlaf". Wähler sollten spüren, dass man sich wirklich einsetzt und nicht jeden Tag fragt, wie man liegt, sondern wofür man steht. Manchmal bedienen sich ja auch Demokraten fragwürdiger populistischer oder demagogischer Methoden – zweifelhafter Argumente, Schönfärberei, das Schüren von Vorurteilen, Angstmache, Beschimpfung und Herabwürdigung politischer Gegner. Hören Sie einmal in eine Parlamentsdebatte oder Talk Show unter diesen Aspekten hinein - und Sie werden vieles wiedererkennen. Auch die

Orientierung am langfristigen Wohl des Landes und seiner Bevölkerung (Stichwort Pensionsdebatte) oder kurzfristiger Wahlnutzen sei hier erwähnt. Wie oft werden Feindbilder gezeichnet - die Spekulanten, die Sozialschmarotzer, der Freihandel, die Konzerne, die Gewerkschaften, die Eurokraten, Brüssel, Wallstreet, faule Südeuropäer, Neoliberalismus usw.

Ebenso problematisch ist die populistische Versuchung, Volksabstimmungen oder -befragungen zur Umgehung oder zum Unterlaufen parlamentarischer Prozesse zu propagieren. Manche Referenden wurden und werden überdies gar nicht von der Bevölkerung verlangt, sondern von oben angesetzt, um der Opposition den Wind aus den Segeln zu nehmen, die eigene Popularität zu erhöhen oder sonst wie zu punkten. Chiracs Abstimmung über den EU Verfassungsvertrag war so ein (gescheiterter) Versuch, ebenso wie Camerons Plan, mittels der Brexit-Abstimmung die Hinterbänkler seiner Tory-Fraktion domestizieren zu können. Statt als strahlender Held verschwand er im Orkus der Geschichte und Europa steht vor diesem Scherbenhaufen. Daher sollten Europäer, Demokraten, Regierungen und Parlamentarier Lehren daraus ziehen und rechtzeitig und kraftvoll für ihre Überzeugungen einstehen.

Jean Monnet hat einst von den zwei mächtigen Kräften in der Politik gesprochen: der Dynamik der Angst und der Dynamik der Hoffnung. Zu hoffen ist

jedenfalls, dass langfristig die Kraft der Hoffnung siegt! Sicher haben Sie die amerikanische Wahlberichterstattung verfolgt. Einer der prominentesten Night-Talker, John Oliver, hat die letzte Sendung der Wahlnacht damit beendet, indem er 2016 als "the shittiest year ever" zu Grabe trug und als kleinen oder gar letzten Hort der demokratischen Vernunft seine Sendung mit der Europahymne (ohne Text) beendete. Ich danke.